



Frauen + Männer = ?

Grüne Positionen zur Geschlechterdemokratie
im 21. Jahrhundert

Version vom 17. November 2009, genehmigt vom Vorstand

Grüne Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21
CH-3011 Bern
Tel. + 41 31 312 66 60
Fax + 41 31 312 66 62



Inhaltsverzeichnis

Vision.....	3
1. Krise bedroht Errungenschaften.....	4
Forderungen an den Staat und an die Politik	4
2. Für eine gerechtere Verteilung von Macht und Ressourcen	5
Forderungen an die Arbeitswelt.....	7
3. Für eine freie Wahl der Lebensmodelle.....	8
Forderungen an die Sozialpolitik	9
4. Der Stereotypisierung entgegenwirken	9
Forderungen an das Bildungswesen und an die Medien.....	10
5. Körperliche Unterschiede und gesellschaftliche Zuschreibungen	11
Forderungen an das Gesundheitswesen.....	12
6. Für einen gewaltfreien und konstruktiven Umgang miteinander	12
Forderungen für eine gewaltfreie Gesellschaft	13
7. Friedens- statt Sicherheitspolitik.....	13
Forderungen für eine Friedens- statt einer Sicherheitspolitik	14
8. Armutsbekämpfung im Süden	14
Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft, an die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und an die Schweizer Migrationspolitik.....	15
9. Chancengleichheit in der Klimapolitik.....	16
Forderungen für eine geschlechtergerechte Klimapolitik.....	17
Aktionsprogramm: 12 grüne Forderungen auf dem Weg zu einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft	18



1 **Vision**

2

3 Die Grünen stellen sich folgende Zukunft vor: Im Jahr 2050 spielt der biologische
4 Unterschied zwischen den Geschlechtern nicht länger eine entscheidende Rolle in Bezug auf
5 die Selbstverwirklichung der Menschen in der Gesellschaft. Frauen und Männer werden als
6 Menschen wahrgenommen und nach ihren Fähigkeiten und Potenzialen beurteilt, nicht nach
7 ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Es gibt eine Vielfalt von männlichen und weiblichen
8 Lebensentwürfen und alle sind gleichwertig. Die Gesellschaft bietet den Menschen die
9 grösstmögliche Freiheit für ihre individuelle und gesellschaftliche Entfaltung. Die
10 Sozialversicherungen und Steuersysteme sind auf das Individuum und nicht länger auf den
11 Zivilstand ausgerichtet. Erwerbs- und Erziehungsarbeit geniessen einen hohen Stellenwert
12 und werden von der Wirtschaft und der Gesellschaft in gleichem Masse honoriert. Es ist
13 selbstverständlich, dass die Erziehung von Kindern und eine berufliche Weiterentwicklung
14 nebeneinander möglich sind. Familienexterne Kinderbetreuung und Tagesschulen existieren
15 flächendeckend in der ganzen Schweiz. Das Problem, Beruf und Familie unter einen Hut zu
16 bringen, sowie die Lohnunterschiede verschwinden auf der Müllhalde der Geschichte. Die
17 Gesellschaft nimmt eine Kollektivverantwortung für die Kinder wahr. Soziale und biologische
18 Elternschaft werden fliessend wahrgenommen.

19 Frauen und Männer sind in allen entscheidenden Gremien vertreten. Es braucht keine
20 Quotenregelungen oder spezielle Fördermassnahmen mehr, denn Frauen und Männer
21 melden sich selbstbewusst auf Kaderpositionen oder als Kindergärtner. Kein Verwaltungsrat
22 von grossen Firmen verzichtet freiwillig auf Frauen. Eine Auszeit für Männer und Frauen,
23 welche ihre Angehörigen pflegen möchten, wird von den Sozialversicherungen abgegolten.
24 Im Bundesrat hat sich eine gleichmässige Verteilung durchgesetzt. Jahrelange Erfahrungen
25 haben gezeigt, dass gemischte Teams effizient und sachlich die politischen Vorgaben
26 umzusetzen wissen. In den Parlamenten debattieren Junge und Alte, Frauen und Männer.
27 Sie sind darin proportional zur Bevölkerung vertreten.

28 Diese Prinzipien haben sich weltweit durchgesetzt. Die Ungleichheit ist weitgehend
29 aufgehoben, was die Verteilung der gesellschaftlichen und politischen Macht sowie der
30 finanziellen und natürlichen Ressourcen betrifft.

31

32 Wenn die Schweiz 2050 so aussehen soll, dass es ganz selbstverständlich ist, dass junge
33 Frauen Informatik studieren und Ingenieurinnen ressourcensparende Produkte erfinden oder
34 junge Männer sich für den Primarlehrerberuf entscheiden und Väter den Vaterschaftsurlaub
35 beziehen, dann muss der Weg dorthin beschritten werden. Die nächsten Seiten werden
36 aufzeigen, wie die Grünen diesen Weg verfolgen wollen.



37

38 1. Krise bedroht Errungenschaften

39

40 Der 14. Juni 1991 wurde zum Schweizer Frauenstreiktag. In der Folge davon konnten die
41 Gleichstellungsgesetze durchgesetzt werden, gerade noch rechtzeitig vor Rezession,
42 Sozialabbau und neoliberalen Flexibilisierungsdiskurs. Das Gleichstellungsgesetz (1996)
43 brachte wichtige politische und rechtliche Fortschritte. Gleichstellung bedeutet aber auch
44 Intervention und Regulierung durch den Staat. Denn seine Institutionen und Organe tragen
45 die Verantwortung, dass die Chancengleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft – wie sie in
46 der Verfassung und in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung festgehalten ist – so weit
47 wie möglich umgesetzt wird. Die totale Ökonomisierung der Gesellschaft (New Economy),
48 gekoppelt mit einer neoliberalen Abbaupolitik, verhinderte bis heute (abgesehen vom
49 exemplarischen Ausbau von Kinderkrippen und Tagesstätten in rot-grün regierten Städten)
50 die erforderlichen staatlichen Massnahmen im Sinn von Solidarität und
51 Geschlechtergerechtigkeit. Paradoxerweise verlief die bisherige Gleichstellungspolitik
52 teilweise sogar auf Kosten der Frauen (Erhöhung des Rentenalters). Gleichzeitig wurden
53 Sozialleistungen privatisiert sowie der Feminismus und dessen Werte als konservative
54 Gutmenschieneologie diffamiert.

55 In Zeiten grosser Wirtschaftskrisen werden Konjunkturpakete im Infrastrukturbereich
56 geschnürt und Sozialausgaben zusammengestrichen. Die Betroffenen sind Menschen in
57 prekären Lebenssituationen. Frauen trifft es oft zweifach. Sie arbeiten vorwiegend in der
58 Erziehung und im Sozial- und Gesundheitswesen, wo der Sparhebel angesetzt wird. Und da
59 sie nach wie vor mehrheitlich für die Betreuung der Kinder und der pflegebedürftigen
60 Erwachsenen zuständig sind, hat eine Ausgabenkürzung des Staates im
61 Gesundheitsbereich eine Mehrbelastung der unbezahlt Pflegenden, also vor allem der
62 Frauen, zur Folge. Die Konjunkturpakete des Bundes fördern vor allem die Bau- und
63 Energiewirtschaft. Damit werden hauptsächlich Arbeitsplätze von Männern erhalten. Bei
64 konjunkturfördernden Massnahmen sowie bei der Planung des Budgets des Bundes ist es
65 daher wichtig, eine Genderperspektive einzunehmen.

66 Das Volumen der unbezahlten Arbeit in der Schweiz betrug 2004 rund 8500 Millionen
67 Stunden, dasjenige der bezahlten Arbeit rund 7000 Millionen Stunden¹. Allein die unbezahlte
68 Betreuungsarbeit der Frauen (für Kinder und betreuungsbedürftige Erwachsene) führt zu
69 einer grösseren „Wertschöpfung“ als der ganze Bankensektor². Die Frauen versorgen
70 unbezahlt die Gesellschaft. Würde diese Arbeit nicht als eine Art privaten Service-Public-
71 Dienst erledigt, müsste sie vom Staat übernommen werden. Die Debatten zu
72 Krankenversicherung und Pflegefinanzierung blenden dies vollkommen aus.

73 Forderungen an den Staat und an die Politik

74 **Durchmischung in allen Branchen:** Im Zuge des krisenbedingten Umbaus der Wirtschaft
75 muss die Chance gepackt werden, die Aufteilung des Marktes in Männer- und
76 Frauenbranchen zu durchbrechen. Der Bund kann seinen Beitrag leisten, indem er Anreize
77 schafft für Unternehmen, die Frauen in technischen Berufen und Männer in sozialen und
78 Gesundheitsberufen fördern; für Unternehmen, die gemischte Teams bevorzugen sowie bei
79 der Anstellung von Lehrlingen auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den
80 Geschlechtern achten.

81

¹ Forschung zur Schweiz im Rahmen der UNRISD-Studie (UNO-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung), Mascha Madörin 2009

² ebenda



82 **Quoten in der Verwaltung:** In der Verwaltung und in allen Parlamenten, Behörden und
83 Kommissionen ist mittels Quoten eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter auf
84 allen Stufen zu gewährleisten. Die Grünen gehen davon aus, dass eine bessere Vertretung
85 der Frauen einer Gleichstellung der Geschlechter förderlich ist.

86 **Neue Arbeitsformen auch bei politischen Ämtern:** Um die Arbeitspensen gerade auch in
87 anspruchsvollen Ämtern auf einem machbaren Niveau zu halten, soll Jobsharing auch in
88 gewählten Ämtern möglich sein. Grundsätzlich sind wir gegen Ämterkumulation und setzen
89 uns für Amtszeitbeschränkungen ein.

90 **Ausbau der Gleichstellungsbüros:** Die Gleichstellungsbüros sollen ausgebaut und ergänzt
91 werden. Diese Verwaltungsstellen sollen flächendeckend und sowohl auf Stufe der
92 Gemeinden, der Kantone als auch des Bundes eingeführt werden. Zudem sollen sie sich
93 gezielt auch um Männeranliegen und –rollen kümmern. Gleichstellungsräte als
94 Kompetenzgremien für Geschlechterfragen oder Kommissionen für Männerfragen sollen
95 gegründet werden.

96 **Forschung zu Männerfragen:** Da es in der Schweiz bisher kaum Studien zur
97 Lebenssituation von Männern (z.B. zu Gewaltfragen, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
98 oder zur hohen Suizidrate) gibt, sollen diese nachgeholt werden. Die zuständigen
99 Verwaltungsstellen und Forschungsinstitute sollen die nötigen Gelder und Bewilligungen
100 erhalten.

101 **Gender Budgeting:** Die Finanzpolitik des Bundes soll das Ziel der Gleichstellung verfolgen,
102 d.h. der Bund soll beim Budgetieren jeweils folgende Fragen berücksichtigen: Wie viel Geld
103 kommt direkt oder indirekt den Frauen, wie viel den Männern zu Gute? Wie wirken sich
104 Sparmassnahmen auf Männer und auf Frauen aus?

105 **Bezahlte und unbezahlte Betreuungsarbeit (Care Economy):** Die (unbezahlte)
106 Betreuungsarbeit muss in der Wirtschafts- und in der Sozialpolitik berücksichtigt werden,
107 denn es handelt sich hierbei um einen Sektor, der mehr Wert schöpft als der Bankensektor.
108

109 **2. Für eine gerechtere Verteilung von Macht und Ressourcen**

110

111 Die Grünen fordern, dass Frauen und Männer ihre Begabungen, Ansprüche und
112 Vorstellungen im beruflichen und familiären Leben verwirklichen können. Die
113 Existenzsicherung von Frauen und Männern muss dafür eigenständig gewährleistet sein.
114 Dies ist erst möglich, wenn Vermögen, Einkommen, bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht
115 zwischen Frauen und Männern verteilt sind. Die Ressourcen sind heute aber sehr ungleich
116 verteilt: Besitz und Vermögen konzentrieren sich in den Händen weniger (mehrheitlich
117 Männer³). Das Wirtschaftssystem und die Arbeitswelt sind immer noch von Männern und
118 männlichen Rollen- und Wertvorstellungen geprägt. Diese Logik des Wirtschaftssystems
119 basiert einseitig auf quantitativem Wachstum und Profitmaximierung, ungeachtet von
120 sozialen und ökologischen Ressourcen. Gekoppelt mit diesem traditionell männlichen Prinzip
121 des Wirtschaftens ist eine unbedingte Leistungskultur, auch in den Unternehmen, welche
122 negative Folgen für die Betriebskultur, den zwischenmenschlichen Umgang, das soziale
123 Umfeld, Familien und die Gesellschaft hat. Statt Profit soll der Mensch im Zentrum der
124 Wirtschaft stehen. Es braucht einen grundlegenden Wandel hin zu einer
125 geschlechtergerechten und nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, welche
126 das Wohl aller ins Zentrum stellt.
127

³ Auf der Liste der 300 reichsten SchweizerInnen (nach Vermögen) aus der Zeitschrift Bilanz vom 5.12.2008 figurieren fast nur Männer. Unter den 20 Reichsten hat es keine einzige Frau, nur einige Familien.



128 Grünes Ziel ist eine geschlechtergerechte Wirtschaft, bei der die Teilhabe an Macht und
129 Ressourcen unter den Geschlechtern gleichmässig verteilt wird und in der eine tatsächliche
130 Chancengleichheit bezüglich Berufswahl und beruflichem Fortkommen besteht. Obwohl
131 Frauen bezüglich Ausbildung und Erwerbsquote massiv aufgeholt haben, sind sie schlechter
132 bezahlt, stossen im Beruf an die gläserne Decke.

133

134 **Geteilter Arbeitsmarkt mit ungleichen Möglichkeiten**

135 Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, inzwischen sind es in der Schweiz über zwei
136 Millionen.⁴ 45 Prozent aller Beschäftigten sind Frauen. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt in
137 vielen Bereichen nach Geschlecht segregiert. Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern
138 unterscheidet sich in verschiedener Hinsicht, z.B. in Bezug auf den Beschäftigungsgrad, auf
139 Berufe und Branchen und die berufliche Stellung. Frauen sind in Führungspositionen, aber
140 auch in Verwaltungsräten unterrepräsentiert. Auf der anderen Seite sind Frauen mit einem
141 Anteil von 68 Prozent bei den Tieflohnstellen (Stellen mit Bruttolöhnen unter 3783 Franken)
142 stark übervertreten⁵. Zudem ist die Erwerbslosigkeit, aber auch die Unterbeschäftigung bei
143 Frauen höher als bei Männern. Diese Unterschiede sind zurückzuführen auf unterschiedliche
144 Rollenbilder, geringere Förderung des beruflichen Fortkommens der Frauen (Ausschluss aus
145 wichtigen Netzwerken), aber auch auf die traditionelle Aufteilung von bezahlter und
146 unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen.

147

148 **Prekäre Arbeitsbedingungen**

149 Männer sind deutlich häufiger als Frauen selbständig erwerbend und Angestellte in
150 Unternehmensleitungen oder mit leitender Funktion. Diese Ungleichheit bleibt auch bei
151 gleichem Bildungsstand von Frauen und Männern bestehen. Seit Mitte der 90er Jahre ist der
152 Anteil angestellter Frauen mit Vorgesetztenfunktion leicht gestiegen, während der Anteil der
153 Frauen in Unternehmensleitungen konstant niedrig geblieben ist. Gleichzeitig hat sich der
154 Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse vergrössert. Überdurchschnittlich viele Frauen leisten
155 „Arbeit auf Abruf“, sind im Stundenlohn mit unsicheren und unplanbaren Arbeitsbedingungen
156 angestellt oder gehören zu den „working poor“.

157

158 **Weiterhin Lohnunterschiede**

159 Der Lohnskandal dominiert weiterhin die Arbeitswelt. Unabhängig vom Wirtschaftszweig, von
160 der Ausbildung und der beruflichen Stellung verdienen Frauen auch für gleichwertige Arbeit
161 weniger als Männer. Während eine Frau in der Privatwirtschaft monatlich 4875 Franken
162 (Bruttolohn, Median⁶, 2006) verdient, beträgt der Lohn für einen Mann 6023 Franken⁷. Dies
163 entspricht einer Lohndifferenz von 19,1 Prozent. Rund die Hälfte dieses Lohnunterschieds
164 kann durch objektive Faktoren (u.a. andere Ausbildung) erklärt werden, die andere Hälfte ist
165 Lohndiskriminierung. Der Trend zu mehr erfolgsabhängigen Lohnbestandteilen trägt zur
166 Vergrösserung der Lohnungleichheit im oberen Lohnbereich bei. Männer erhielten 2006 im
167 Schnitt 732 Franken mehr in Form von Sonderzahlungen als Frauen⁸.

168

⁴ Quelle: Bundesamt für Statistik: Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. 2008

⁵ ebenda

⁶ Median (oder *Zentralwert*) bezeichnet eine Grenze zwischen zwei Hälften. In der Statistik halbiert der Median eine Verteilung. Gegenüber dem arithmetischen Mittel, auch Durchschnitt genannt, hat der Median den Vorteil, robuster gegenüber Ausreissern (extrem abweichenden Werten) zu sein (Quelle: Wikipedia).

⁷ Auch Frauen in Top-Positionen sind von Lohndiskriminierungen betroffen, am ausgeprägtesten im Dienstleistungsbereich. Sie müssen nicht nur die höchste Lohndifferenz (31%) hinnehmen, sondern auch den grössten Anteil an nicht erklärbar, das heisst diskriminierenden Faktoren. Ein Problem sind unterschiedliche nicht offen deklarierte Beförderungsanforderungen für Frauen und Männer.

⁸ Auf dem Weg zur Lohngleichheit: Tatsachen und Trends, Bundesamt für Statistik, Medienmitteilung 12. Juni 2009



169 **Kürzere Normalarbeitszeiten**

170 Auch Frauen mit ähnlichen Berufsbiografien wie Männer (Vollzeit) haben mit
171 Benachteiligungen (u.a. Lohndiskriminierung, weniger Aufstiegschancen) zu kämpfen. Dazu
172 kommt eine Eigenart des Schweizer Arbeitsmarkts: die Teilzeitarbeit, die wie in kaum einem
173 anderen Land der „Normalfall“ für Frauen geworden ist. Zurzeit gehen 57 Prozent der
174 erwerbstätigen Frauen und 12 Prozent der Männer einer Teilzeitarbeit nach.⁹ Rund 25
175 Prozent der Frauen arbeiten weniger als 50 Prozent bezahlt. Teilzeitbeschäftigung bringt
176 häufiger ungesicherte Arbeitsverhältnisse, schlechtere soziale Absicherungen (z.B. bei der
177 Pensionskasse) sowie geringere Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen.
178 Andererseits wird sie immer noch als Möglichkeit für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und
179 Betreuungsarbeit gesehen. Sinnvoller wären kürzere Normalarbeitszeiten für Frauen und
180 Männer, also dass Vollzeit weniger als 40 Stunden pro Woche bedeuten würde. So verfügen
181 auch Personen, die Vollzeit arbeiten, über mehr Zeit, für ihre Familie zu sorgen und somit
182 ihre Work-Life-Balance auszugleichen. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie,
183 Betreuungs- und Erwerbsarbeit braucht es in Zukunft eine neue Verteilung der bezahlten
184 Arbeit.

185

186 **Besserstellung der Teilzeitarbeit**

187 Frauen mit und ohne Kinder sind – im Gegensatz zu früher – fast gleich häufig
188 erwerbstätig.¹⁰ Alleinerziehende Mütter sind öfter erwerbstätig als Mütter mit einem Partner
189 und haben häufig einen höheren Beschäftigungsgrad. Väter passen ihre Erwerbssituation –
190 anders als Mütter – an die Familiensituation an, indem sie den Beschäftigungsgrad steigern.
191 Väter gehen häufiger einer Vollzeitbeschäftigung nach als Männer ohne Kinder. Gefördert
192 wird dies durch die „traditionelle Lohnfalle“, denn wegen den tieferen Frauenlöhnen „lohnt“ es
193 sich für Väter meist mehr zu arbeiten als für Mütter. Immerhin: Die Zahl der Männer mit
194 Teilzeitstellen, meist über 50 Stellenprozent, hat leicht zugenommen.

195

196 **Forderungen an die Arbeitswelt**

197 **Gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit:** Die unbezahlte Arbeit und
198 die dabei erworbenen Kompetenzen sollen im Erwerbsleben anerkannt werden. Die
199 Existenzsicherung muss eigenständig gewährleistet sein. Damit die Betreuungs- und
200 Erwerbsarbeit besser vereinbart werden können, ist eine Normalarbeitszeit von weniger als
201 40 Stunden pro Woche sinnvoll. Die bezahlte Arbeit kann zudem dank betrieblichen
202 Solidaritätsmodellen, Arbeitszeitverkürzungen und dem Einbezug von Erwerbslosen
203 gerechter verteilt werden.

204

205 **Besserstellung der Teilzeitarbeit:** Damit Frauen wie Männer Familie und Erwerbsarbeit
206 besser kombinieren können, braucht es heute eine Besserstellung der Teilzeitarbeit (keine
207 Benachteiligungen betreffend Weiterbildung, Überstunden, beruflichem Fortkommen,
208 Entlohnung), die Förderung von Teilzeitstellen auch in Kaderpositionen sowohl für Männer
209 und Frauen sowie den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung.

210

211 **Lohngleichheit und -gerechtigkeit:** Wo die Lohngleichheit nicht Realität ist, müssen die
212 Löhne der Frauen angepasst werden. Zur Sicherstellung der Lohngleichheit müssen
213 Kontrollmechanismen eingeführt werden (z.B. das Instrument Logib). Öffentliche Aufträge
214 und Submissionen dürfen nur an Unternehmen gehen, wo das Prinzip der Lohngleichheit
215 respektiert wird. Boni tragen zur Lohnungleichheit bei und gehören abgeschafft. Allgemein
216 müssen die Löhne existenzsichernd sein, auch für Ungelernte und Hilfskräfte.

217 **Gerechte Verteilung in Führungspositionen:** Gemischte Teams auch auf den oberen
218 Etagen tun jedem Unternehmen gut. Die Grünen fordern mehr Frauen in Kaderstellen sowie
219 eine Quote von 40 Prozent für den Frauenanteil in den Verwaltungsräten (Modell Norwegen).

⁹ Quelle: Bundesamt für Statistik: Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. 2008, S. 12.

¹⁰ Quelle: Bundesamt für Statistik: Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. 2008



220 **Weiterentwicklung der Berufe:** Die klassischen Frauenberufe, z.B. in der Pflege und im
221 Verkauf, sollen aufgewertet und weiterentwickelt werden. Männern soll der Zugang zu
222 Berufen im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich erleichtert werden. Lebenslanges
223 Lernen und Weiterbildung soll für beide Geschlechter möglich sein.

224
225

3. Für eine freie Wahl der Lebensmodelle

227

228 Für die Grünen ist eine familienfreundliche Gesellschaft sehr wichtig. Dabei soll die
229 Wahlfreiheit der Lebensmodelle gewährleistet sein.

230 Familie ist da, wo Kinder sind und wo in verbindlichen Beziehungen Verantwortung
231 füreinander übernommen wird. Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft, daher sollen sie
232 sich entfalten und in familiärer Geborgenheit aufwachsen können. Der Staat soll die
233 optimalen Rahmenbedingungen gewährleisten. Wo und wie ein Kind aufwächst, also der
234 familiäre, der sozioökonomische und der soziale Kontext, entscheidet massgeblich über
235 seine Zukunft.

236

237 Kinder sollten, sofern möglich, von Müttern und Vätern respektive von zwei sorgenden
238 Elternteilen (im Falle von homosexuellen Paaren) betreut werden. Die Grünen fordern das
239 Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare¹¹. Eine faire Regelung der elterlichen
240 Sorge bei einer Trennung oder Scheidung ist zum Wohl der betroffenen Kinder, daher
241 unterstützen die Grünen die gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall. Der Prozess der
242 elterlichen Einigung und der familiären Neuorganisation muss jedoch professionell
243 unterstützt werden¹².

244

245 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, heisst nicht nur das Recht der Mütter
246 auf gerechte Teilhabe im Erwerbsleben durchzusetzen, sondern auch das Recht der Männer
247 auf Familie ernst zu nehmen. Frauen wie Männer haben Anrecht darauf, Zeit mit den Kindern
248 verbringen und die familiären sozialen Kontakte pflegen zu können. Dabei muss der Fokus
249 auch auf stärkere Anreize für Männer in der Erziehungsarbeit liegen. Die Grünen fordern
250 deshalb einen Elternurlaub, der paritätisch zwischen Vater und Mutter bzw.
251 gleichgeschlechtlichen PartnerInnen aufgeteilt werden kann.

252

Sozialversicherungen anpassen

254 Die Politik hat den Wandel der Familienformen mehrheitlich noch nicht nachvollzogen und
255 bevorzugt in den Gesetzen und Vorlagen nach wie vor die klassische Rollenteilung.
256 Steuergesetze und Sozialversicherungen sind deshalb konsequent auf das Individuum
257 auszurichten mit einer gewissen Bevorzugung von Personen mit Betreuungspflichten.
258 Das System der Sozialversicherungen (Alter, Krankheit, Unfall etc.) basiert primär immer
259 noch auf Vollzeiterwerbsbiografien und entspricht heute den vielfältigen Lebensentwürfen
260 von Frauen und Männern kaum mehr. Wer keine lineare Berufskarriere oder Brüche in der
261 Biografie wegen Scheidung etc. hat, droht durch die Maschen der Sozialversicherungen zu
262 fallen und ist allenfalls auf Sozialhilfe angewiesen. Teilzeitarbeitende, hauptsächlich Frauen,
263 sind aufgrund ihrer zusätzlichen Belastungen – durch die Familienarbeit – ungenügend vom
264 System der sozialen Sicherung erfasst. Während bei der AHV die Einführung des Splitting-
265 Systems eine Verbesserung für Personen mit Betreuungsverantwortung gebracht hat, ist die
266 berufliche Vorsorge für viele Frauen, die Teilzeit arbeiten und tiefere Löhne erhalten,
267 ungenügend. Häufig hindernisreich ist auch die Stellensuche von erwerbslosen jungen
268 (potenziellen) Müttern. Frauen kämpfen im Alter häufiger mit finanziellen Problemen als
269 Männer. Probleme haben aber auch Witwer oder Väter, die aufgrund von

¹¹ Frauenrechte sind Menschenrechte. Position der Grünen Schweiz zu Frauen und Männern, verabschiedet von der Delegiertenversammlung vom 20. März 1999, aktualisiert im April 2002, S. 8.

¹² Vernehmlassungsantwort der Grünen Schweiz zum Vorentwurf einer Teilrevision des Schweiz. Zivilgesetzbuches (Elterliche Sorge) und des Strafgesetzbuches (Art. 220), 29.4.2009



270 Betreuungsaufgaben ihre berufliche Karriere zurückstecken. Scheidungen führen bei Frauen
271 und Männern häufig zu Schwierigkeiten bei der Existenzsicherung. Besonders gefährdet von
272 Armut sind Kinder und Alleinerziehende (meist Frauen). Hier ist eine starke Sozialhilfe
273 wichtig.

274

275 **Forderungen an die Sozialpolitik**

276 **Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur:** Der weitere Ausbau von Kindertagesstätten
277 ist unabdingbar, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle möglich wird. Es
278 braucht zudem flächendeckend Tageschulen.

279

280 **Existenzsicherung für Familien und Kinder:** Die Existenz der Familien muss in jedem Fall
281 gesichert sein. Arme Familien sollen Ergänzungsleistungen erhalten. Einelternfamilien
282 brauchen besondere Unterstützung. Kinderzulagen und Steuerabzüge sollen ersetzt werden
283 durch eine Existenzsicherung für Kinder.¹³

284

285 **Sozialversicherungen und Steuersystem den neuen Familienformen anpassen:** Die
286 Sozialversicherungen müssen den vielfältigen Biografien (z.B. Teilzeit, Väter-Teilzeit,
287 Patchwork-Familien) angepasst werden. Das Steuersystem muss unabhängig vom Zivilstand
288 funktionieren und auf die Individuen ausgerichtet sein. Im Alter muss die Existenz
289 unabhängig vom Einkommen gesichert sein. Ein flexibles Rentenalter für Frauen und
290 Männer muss auch für mittlere und untere Einkommen möglich sein.

291

292 **Mehr Zeit für Familien:** Damit Väter und Mütter genügend Zeit mit ihren Kindern verbringen
293 können, fordern die Grünen eine zusätzliche Ferienwoche für Eltern mit Schulkindern. Der
294 Mutterschaftsurlaub (Mutterschaftszeit) soll ergänzt werden durch eine Elternzeit, die
295 paritätisch aufgeteilt werden muss. Beziehen die Väter die Vaterschaftszeit nicht, verfällt sie.
296 Kurzfristig verlangen die Grünen einen Vaterschaftsurlaub (Vaterschaftszeit) von mindestens
297 acht Wochen.

298

299

300

301 **4. Der Stereotypisierung entgegenwirken**

302

303 Von klein auf werden die Menschen geprägt vom Umfeld, in dem sie aufwachsen, und von
304 der Gesellschaft, in der sie leben. Diese Gesellschaft ist auch heute noch teilweise stark von
305 klassischen Rollenbildern geprägt: Überspitzt kann gesagt werden, dass die schöne
306 Prinzessin passiv darauf wartet, vom starken Prinzen erobert zu werden. Noch immer kann
307 beobachtet werden, dass Mädchen hauptsächlich mit Puppen und Jungen mit Legosteinen
308 oder technischen Spielzeugen spielen.

309

310 Diese Stereotypisierung ist allgegenwärtig. Sie ist in der Sprache und der Kultur, in der
311 Bildung und in den Medien zu finden. Besonders flagrant ist die Rollenfixierung in den
312 Medien: Eine Studie¹⁴ zeigt, dass Frauen viel öfters aufgrund ihres Aussehens beschrieben
313 und beurteilt werden und dass die Medien weniger von den Verdiensten von Frauen
314 berichten. Zudem werden Frauen in den Medien und in der Werbung häufig als passive
315 Schönheits- oder Lustobjekte und Männer als gewalttätige, gefühlslose Kopfmaschinen
316 dargestellt. Von Männern wird gleichzeitig ein Bild kultiviert, welches sie als Brotverdiener
317 und Beschützer darstellt, was hohe Leistungsfähigkeit und emotionale sowie körperliche
318 Stärke impliziert.

¹³ Siehe auch „Grüne Position zur Familienpolitik“, 2002

¹⁴ Sylvie Durrer, Nicole Jufer, Stéphanie Pahud: La place des femmes et des hommes dans la presse écrite généraliste de Suisse romande des années 80 à nos jours. Edition Seismo, 2009.



319 Geschlechterspezifische Stereotypen sind auch in der Sprache allgegenwärtig: eine
320 geschlechtergerechte Sprache wird noch immer zu selten verwendet oder als zu umständlich
321 erachtet. Ganz auffällig ist in diesem Zusammenhang das Französische: Für die meisten
322 besser gestellten Berufe gibt es nur männliche Bezeichnungen.
323

324 **Stereotype Berufswahl**

325 Es ist zwar inzwischen keine Seltenheit mehr, dass in einem Gymnasium mehr Schülerinnen
326 als Schüler anzutreffen sind, und bald gibt es mehr Hochschulabgängerinnen als
327 Hochschulabgänger. Die Berufs- bzw. Studienfachwahl verläuft dennoch sehr stereotyp.
328 Junge Männer wählen deutlich häufiger als junge Frauen technische Berufe und
329 Studiengänge wie z.B. Ingenieurwesen und Naturwissenschaft oder IT. Beim
330 Architekturstudium hingegen hat sich eine gewisse Ausgeglichenheit eingependelt. Junge
331 Frauen bevorzugen Berufsausbildungen im Verkauf und im KV-Bereich und sind an den
332 Hochschulen überproportional häufig in Studiengängen des Gesundheitswesens, der
333 Geistes- und Sozialwissenschaften sowie in der Lehrkräfteausbildung anzutreffen. An den
334 universitären Hochschulen ist der Anteil der Professorinnen trotz nationalen
335 Förderprogrammen immer noch deutlich unter 30 Prozent. Dasselbe gilt in der Forschung.
336 Viel weniger Frauen als Männer leiten grosse und internationale Forschungsprojekte.
337

338 Die markante geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahl hat sich seit 1990 kaum
339 verändert¹⁵. Bei dieser stereotypen Berufswahl handelt es sich um einen Teufelskreis:
340 Kindern werden oft je nach Geschlecht gewisse Fähigkeiten zugetraut oder eben nicht, was
341 ihre Präferenzen prägt. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Zuweisungen
342 auch in der Schulzeit stark beeinflusst werden. Es ist deshalb eine besondere
343 Herausforderung, die Lehrkräfteausbildung so zu gestalten, dass Lehrerinnen und Lehrer
344 ihre Genderkompetenz im Unterricht umsetzen können.
345

346 Für die Grünen ist die „Verweiblichung“ des Lehrberufs nicht das eigentliche Problem.
347 Dennoch ist klar, dass Kinder auch von Kindergärtnerinnen und Lehrern unterrichtet werden
348 müssen, um männliche Bezugspersonen erhalten. Für die Identitätsfindung brauchen sie die
349 Auseinandersetzung mit beiden Geschlechtern. Der Lehrberuf muss darum für Männer
350 wieder attraktiver werden.
351

352 **Forderungen an das Bildungswesen und an die Medien**

353 **Attraktivität des Lehrberufs:** Der Primarlehrberuf muss für beide Geschlechter attraktiv
354 sein. Dies kann dank einer höheren Anerkennung und einer finanziellen Gleichstellung mit
355 den anderen Lehrberufen auf den verschiedenen Stufen erreicht werden.
356

357 **Vielfältige Identitäten fördern:** Die Grünen fordern von den Bildungs- und
358 Kulturinstitutionen sowie von den Medien, dass sie Stereotypisierungen gezielt
359 entgegenwirken und vielfältige Frauen- und Männeridentitäten fördern. Inhalt und Sprache in
360 den Medien, im Bildungsmaterial etc. sollen geschlechtergerecht sein.
361

362 **Berücksichtigung in Kultur und Sport:** In der Berichterstattung der Medien über Kunst,
363 Kultur und Sport sollen die Frauen gleich häufig berücksichtigt werden wie die Männer.
364
365

¹⁵ Quelle: Bundesamt für Statistik: Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann. 2008, S. 8-9.



366 **Gleichberechtigter Zugang zu Schulen, Berufsbildung und Hochschulen:** Der Zugang
367 der Frauen zu naturwissenschaftlichen Berufen soll gefördert werden (z.B. durch
368 Mentorinnennetzwerke, Kompetenzzentren, Tagungen, Lehrlingsquoten). Es soll
369 Förderprogramme geben für die geschlechtsuntypische Berufs- und Studienwahl sowie für
370 eine Chancengleichheit an den Hochschulen. Gleichzeitig soll der Zugang von Männern zum
371 Lehrberuf sowie zu Gesundheits- und sozialen Berufen gefördert werden.

372
373 **Gender-Forschung:** Gender Studies, das heisst die Lehre und die Forschung über
374 Genderaspekte und Geschlechterbeziehungen, muss weiterhin gefördert werden - auch in
375 finanzieller Hinsicht. Es sollen Lehrstühle an sämtlichen Universitäten eingerichtet und
376 Institute an den Fachhochschulen gegründet werden. Besonderes Augenmerk muss auf die
377 gezielte Anwendung der Forschungsergebnisse gerichtet werden.
378

379
380

381 **5. Körperliche Unterschiede und gesellschaftliche Zuschreibungen**

382
383 Frauen und Männer haben unterschiedliche Körper. Umso erstaunlicher ist, wie wenig die
384 Medizin und die Gesundheitspolitik diese Unterschiede beachten (ausgenommen die
385 Gynäkologie und die Urologie). So wurden Medikamentenversuche lange fast
386 ausschliesslich an Männern durchgeführt. Auch Erkrankungen, die zumeist als
387 geschlechtsneutral begriffen werden, etwa der Herzinfarkt, zeigen bei Frauen andere
388 Symptome und nehmen einen anderen Verlauf als bei Männern. Nicht nur bei der
389 körperlichen Gesundheit gibt es Unterschiede zwischen Männern und Frauen, auch bei
390 psychischen Krankheiten. Zu den körperlichen Unterschieden kommen noch
391 gesellschaftliche Zuschreibungen hinzu. So sind z.B. Männer viel häufiger übergewichtig als
392 Frauen (46 Prozent bzw. 29 Prozent)¹⁶, als Problem thematisiert wird Übergewicht aber vor
393 allem bei Frauen.

394 Männer tendieren dazu, sich risikofreudiger zu verhalten und ihrer Gesundheit weniger
395 Sorge zu tragen. Bei zu hohem Leistungsdruck schlagen sie länger nicht Alarm als Frauen.
396 Dies führt zu einer deutlich kürzeren Lebenserwartung: 79 Jahre gegenüber 84 Jahren für
397 Frauen¹⁷. Männer müssen häufig körperlich schwere Arbeit verrichten und leiden unter den
398 einseitigen Ansprüchen ihrer traditionellen Rolle. Sie reagieren auf die asymmetrische
399 Arbeitsteilung und Leistungsorientierung mit Stress, Sucht, Herzinfarkt, Mobbing, Burnout.
400 Hier sollten sich die sozialen Normen verändern, d.h. die Gesellschaft muss wegkommen
401 vom Bild des starken, leistungsfähigen Mannes und den Menschen mit seinen Grenzen
402 unabhängig vom Geschlecht erkennen. Viele belastende Arbeitsbedingungen – wie
403 unerwünschter Stress – führen bei Frauen und Männern zu körperlichen und psychischen
404 Krankheiten, welche vermeidbar wären. Besonders bei Frauen kommt zur Erwerbsarbeit oft
405 noch die Doppelbelastung der Hauptverantwortung der Kinderbetreuung dazu.
406 Statistisch gesehen fühlen sich Frauen häufiger als Männer krank und lassen sich häufiger
407 behandeln. Auch bei Depressionen suchen Frauen eher Hilfe, während Männer eher als
408 Frauen dazu neigen, das Leiden durch Sucht- und riskantes Verhalten zu überspielen.
409 Männer in der Schweiz töten sich doppelt bis dreimal so oft selbst wie Frauen¹⁸. Allerdings ist
410 das Verhältnis bei den Selbsttötungsversuchen umgekehrt.

411 **Körperliche und sexuelle Integrität unantastbar**

412 Die körperliche und sexuelle Integrität ist unantastbar. Daher kämpfen die Grünen gegen die
413 Genitalverstümmelung; diese sind bei Mädchen und Frauen strikt zu bestrafen. Auch die
414 Beschneidung von Knaben muss offen diskutiert werden. Von Intersexualität betroffene
415 Kinder und Jugendliche müssen bei Volljährigkeit selber entscheiden dürfen, welchem
416

¹⁶ Bundesamt für Statistik, 2007

¹⁷ Bundesamt für Statistik, 2007

¹⁸ Gemäss einer Studie am Institut für Soziologie der Universität Bern, 2000



417 Geschlecht (wenn überhaupt) sie angehören. Chirurgische und hormonelle Eingriffe sollen
418 daher nicht vorher vorgenommen werden dürfen.
419 Die menschliche Eizelle darf nicht manipuliert werden; die Präimplantationsdiagnostik darf
420 nicht den Weg zu Designer-Babys ebnen.
421 Trotz dauernder Darstellung von Sexualität in den Medien mangelt es an adäquater
422 Aufklärung für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Verhütung muss auch ein Thema
423 für Männer sein.
424 Prostituierte dürfen nicht rechtlich und sozial diskriminiert werden, während Freier ohne
425 Übernahme von Verantwortung deren Dienste in Anspruch nehmen.
426

427 **Forderungen an das Gesundheitswesen**

428 **Krankenkassenprämien:** Die unterschiedliche Prämiengestaltung für Männer und Frauen
429 bei den Zusatzversicherungen widerspricht dem Verfassungsauftrag, wonach
430 geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen in allen Rechtsgebieten und
431 Lebensbereichen zu beseitigen sind.

432
433 **Forschung und Therapie:** Die Gesundheit soll in der Forschung und der Therapie, in der
434 Prävention und der Gesundheitsförderung geschlechterspezifisch thematisiert werden. Das
435 Bundesamt für Gesundheit muss die Fachstelle Gender Health ausbauen und
436 Geschlechterunterschiede bei allen Aktivitäten berücksichtigen.

437
438 **Forschung betreffend Suizid:** Es sollen Forschungsprojekte initiiert werden, welche die
439 Faktoren und Zusammenhänge untersuchen, die zu der deutlich höheren Suizidrate von
440 Männern gegenüber Frauen führen.
441

442
443

444 **6. Für einen gewaltfreien und konstruktiven Umgang miteinander**

445

446 Die Gewalt betrifft Frauen und Männer immer noch ungleich stark: Laut dem Jahresbericht
447 2009 des Bundesamtes für Statistik begehen Männer 100 Prozent der Vergewaltigungen,
448 97,5 Prozent der sexuellen Übergriffe auf Kinder, 93,1 Prozent der schweren
449 Körperverletzungen und 90,4 Prozent der Fälle der vorsätzlichen Tötung. Während Frauen
450 mehrheitlich Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt sind, sind Männer häufiger Opfer
451 von Gewalt in der Öffentlichkeit.

452 Zwischen 10 und 20 Prozent der Frauen erleben körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch
453 einen Partner¹⁹; wird die psychische Gewalt miteinbezogen, sind es deutlich mehr. Über
454 (häusliche) Gewalt an Männern gibt es generell wenig Untersuchungen, für die Schweiz fehlt
455 bisher eine repräsentative Umfrage.

456 Die Ursachen für häusliche Gewalt sind auf verschiedenen Ebenen zu suchen. Eine
457 ungleiche Machtverteilung in der Beziehung stellt einen Risikofaktor dar. Ist das Paar sozial
458 isoliert, kann das ebenfalls Gewalt begünstigen. Schliesslich können die gesellschaftlichen
459 Rahmenbedingungen, d.h. der Stand der Gleichstellung von Mann und Frau, sowie die
460 Toleranz gegenüber Partnerschaftsgewalt in einer Gesellschaft von Bedeutung sein.

461

462 Ein Thema, das die Öffentlichkeit beschäftigt, ist die Jugendgewalt. Wie sich Jugendliche
463 verhalten und auf welche Weise sie sich sozialisieren, hängt auch mit den gesellschaftlichen
464 Rahmenbedingungen zusammen. Auf dem Weg in die Erwachsenenwelt werden den
465 Jugendlichen viele Möglichkeiten geboten, sie erleben aber auch viele Beschränkungen.
466 Beispielsweise mögen Jugendliche, denen die Integration in die Erwachsenenwelt – v.a. in
467 die Arbeitswelt – sehr schwer gemacht wird, eher dahin tendieren, ihre Probleme mit Gewalt

¹⁹ Bericht über Gewalt in Partnerschaften. Ursachen und in der Schweiz getroffene Massnahmen. Bundesrat, Mai 2009



468 zu lösen. Mit Hilfe von Erziehungs- und Bildungsmassnahmen sollen insbesondere junge
469 Männer stärker auf Gewaltfragen sensibilisiert werden und besser mit Aggressionen
470 umzugehen lernen. Im gesellschaftlichen Umfeld soll nicht das Bild einer falsch
471 verstandenen Männlichkeit zusätzlich gepflegt werden. Darum ist die Stereotypisierung auch
472 in den Medien zu bekämpfen. Lehrpersonen sollten auf genderspezifische Aspekte der
473 Gewalt sensibilisiert werden. Eine gewaltfreie und partizipative Unterrichtspraxis muss
474 selbstverständlich sein.

475 Die Grünen setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der die Individuen ihre Integrität und ihre
476 Rechte gewaltfrei und konstruktiv verteidigen können. Auf die Anwendung von Zwang und
477 Erniedrigungen muss verzichtet werden. Dies bezieht sich nicht nur auf die individuelle
478 Gewalt, sondern auch auf die strukturelle Gewalt durch das System, das auf die Werkzeuge
479 seiner Dominanz verzichten sollte. Da Gewalt Hierarchien entstehen lässt, hat eine
480 demokratische Gesellschaft ein wesentliches Interesse, Gewalt abzubauen respektive zu
481 verhindern.

482
483 Darum plädieren die Grünen für einen ganzheitlichen Ansatz: Es genügt nicht,
484 Präventionsmassnahmen wie Selbstverteidigungskurse für Frauen, Bildung in gewaltfreier
485 Kommunikation für alle sowie Schutzmassnahmen für die Schwächsten zu fördern.
486 Gleichzeitig müssen die sozialen Ungerechtigkeiten bekämpft werden. Denn die sozialen
487 Ungerechtigkeiten bedeuten per se strukturelle Gewalt und sind gleichzeitig Ursprung von
488 Gewalt. So müssen auf allen Ebenen des Staates, in der Wirtschaft und der Gesellschaft
489 demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Nur in einer Demokratie
490 können die Menschen ohne Machtgefälle und Ausübung von Dominanz zusammenleben.
491

492 **Forderungen für eine gewaltfreie Gesellschaft**

493 **Massnahmen der Behörden ausweiten** : Die Interventions- und Präventionsmassnahmen
494 gegen häusliche Gewalt sollen fortgeführt und ausgeweitet werden. Zudem müssen die
495 Massnahmen zwischen den verschiedenen Behörden koordiniert werden.

496
497 **Erziehungs- und Bildungsmassnahmen anbieten**: In der Schule sollen die Jugendlichen
498 auf Gewaltfragen sensibilisiert werden und lernen, gewaltfrei mit ihren Aggressionen
499 umzugehen. Sie sollen eine Erziehung und Bildung erhalten, die ihr Selbstbewusstsein und
500 ihre Selbstsicherheit entwickelt und die sie lehrt, dass Gewalt keine Lösungsstrategie ist.
501 Auch für (werdende) Eltern soll es Kurse geben in gewaltfreier Erziehung.

502
503 **Forschung ausweiten**: In die Studien über Gewalt sollen die Situationen von Opfern und
504 TäterInnen beider Geschlechter berücksichtigt werden. Zudem soll die Beziehung zwischen
505 Sexualität und Gewalt erforscht werden.
506

507
508

509 **7. Friedens- statt Sicherheitspolitik**

510
511 Die Grünen lehnen die Schweizer Armee aus verschiedenen Gründen ab²⁰. Ihre
512 Beibehaltung bedeutet eine falsche Prioritätensetzung. Die Armee ist da, um Krieg zu führen.
513 Krieg bedeutet immer Gewalt, Elend und Leid sowie die Verstärkung des
514 Machtungleichgewichtes zwischen Männern und Frauen. Denn bewaffnet sind meistens
515 Männer, Frauen sind meistens Opfer. In bewaffneten Konflikten werden zudem
516 Vergewaltigungen als weiteres Mittel der Unterwerfung ausgeübt.

517 Die Armee fördert ein rückständiges Männerbild und unterstützt den verhängnisvollen
518 Männlichkeitskult um Mann, Waffe und Dienst. Noch immer existiert die Vorstellung, dass
519 Waffen dazu dienen, die Bevölkerung zu verteidigen. Tatsächlich aber birgt die hohe Anzahl

²⁰ Wahlplattform 2007



520 von Schusswaffen in Schweizer Haushalten eine tödliche Gefahr: Fast jeden Tag stirbt eine
521 Person durch die Armeewaffe (300 pro Jahr, Suizide eingeschlossen).
522 Die Grünen fordern statt einer militarisierten Sicherheitspolitik eine echte Friedenspolitik, die
523 sich an den realen Bedrohungen orientiert: Rohstoffverknappung, Hungersnöte und
524 Klimaerwärmung. Diese Herausforderungen rufen nach zivilen, nicht nach militärischen
525 Antworten.

527 **Forderungen für eine Friedens- statt einer Sicherheitspolitik**

528 **Freiwilliger Militärdienst:** Solange die Armee existiert, soll der Militärdienst freiwillig für
529 Männer und Frauen sein.

530
531 **Kinderbetreuung statt Militärdienst:** Männer, welche überwiegend in der Kinderbetreuung
532 tätig sind, werden von der Militärdienstpflicht befreit.

533
534 **Waffe ins Zeughaus:** In den Schweizer Haushalten soll es keine Waffen geben. Die Armee-
535 Waffen gehören ins Zeughaus.

537
538

539 **8. Armutsbekämpfung im Süden**

540

541 Gemäss Schätzungen der UNO-Entwicklungsagentur UNDP sind drei Fünftel der ärmsten
542 Menschen der Welt und zwei Drittel der Analphabeten Frauen.²¹ Rund 70 Prozent der
543 Kinder, die keinen Zugang zu Grundschulen haben, sind Mädchen. Das
544 Welternährungsprogramm (WFP) schätzt, dass 70 Prozent der von Hunger betroffenen
545 Menschen Frauen sind. Diese Zahlen geben ein deutliches Bild der Diskriminierung der
546 Frauen in den Ländern des Südens ab und sind ein klares Zeichen dafür, dass
547 Armutsbekämpfung nur greift, wenn Menschenrechte der Rahmen und
548 Geschlechtergerechtigkeit ein Hauptziel der (Schweizer) Entwicklungszusammenarbeit sind.
549 Die Armutsbekämpfung im Süden soll daher primär da ansetzen, wo Frauen und Mädchen
550 aufgrund ihres Geschlechts besonders diskriminiert sind.

551 Weltweit haben Frauen im Vergleich zu den Männern durchschnittlich weniger Zugang zu
552 qualifizierender Allgemein- und Berufsbildung. Das schränkt auch ihr Zugang zu Arbeit ein,
553 welche sie unter menschenwürdigen Bedingungen verrichten können und welche ihnen ein
554 sicheres und ausreichendes Einkommen garantiert.²² Weltweit verdienen Frauen
555 durchschnittlich weniger als Männer. Frauen tragen die Hauptverantwortung für die
556 Betreuungs-, Pflege- und Erziehungsarbeit (Care). Viele geraten in Zeitnot, wenn sie
557 zusätzlich einer bezahlten Arbeit nachgehen wollen. Neben der aufwändigen unbezahlten
558 Care-Arbeit sind immer mehr Frauen im informellen Sektor tätig. Dieser birgt grosse
559 Unsicherheiten und Ausbeutungsgefahren in sich. Die Beschäftigten erhalten meist kein
560 regelmässiges Einkommen und verfügen weder über einen Arbeitnehmerschutz noch
561 über eine Altersvorsorge. Als Kleinproduzentinnen sind sie zudem stark den
562 Marktliberalisierungen von Nahrungsmitteln ausgesetzt, sie müssen teure Nahrung kaufen
563 und können ihre Produkte nur billig verkaufen.

564

565 **Migration aus den Ländern des Südens**

566 Die Migration von Menschen aus dem Süden in die Staaten des Nordens hat in den letzten
567 Jahren an Bedeutung zugenommen. Es gibt ein grosses Spektrum von Migrationsgründen,
568 welche zum Teil geschlechterspezifisch sind. Eine Aufgabe der
569 Entwicklungszusammenarbeit ist es daher, die Gründe für die Migration

²¹ UNDP 2006 Annual Report

²² Progress of the World's Women 2005: Women, Work and Poverty, published by the UN Development Fund for Women (UNIFEM)



570 geschlechterspezifisch zu analysieren und differenziert anzugehen (was nicht per se
571 verhindern heisst).
572 Migration ist gleichzeitig die Antwort auf eine steigende Nachfrage flexibler Arbeitskräfte in
573 Produktions- und Dienstleistungszentren des Nordens. Die Politik muss dieser Seite der
574 Medaille besonders Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die MigrantInnen, sobald sie in
575 den Zentren des Nordens ihre Arbeitskraft verkaufen, auch entsprechende Rechtsgarantien
576 erhalten, was heute weitgehend nicht der Fall ist. Migrantinnen (und Migranten) sind
577 vielerorts rechtlich diskriminiert, was diejenigen der niedrigen Einkommensschichten
578 besonders hart trifft.
579 In der Schweiz gilt zum Beispiel die Regel, dass angeheiratete MigrantInnen, welche nicht
580 über eine von ihrem Ehepartner oder ihrer Ehepartnerin unabhängige Aufenthaltsbewilligung
581 verfügen, das Land verlassen müssen, wenn sie sich weniger als fünf Jahre nach der
582 Eheschliessung scheiden lassen²³.
583
584 Besondere Unterstützung brauchen weibliche Flüchtlinge, die sexueller Gewalt und
585 Ausbeutung ausgesetzt waren und traumatisiert in die Schweiz kommen. Frauen sind oft
586 auch den Ausbeutungssystemen der internationalen Kriminalität ausgesetzt. Insbesondere
587 im Rahmen des lukrativen Menschenhandels werden Frauen im Dienste der Prostitution und
588 Zwangsarbeit ausgebeutet.

589 **Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft, an die** 590 **Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und an die Schweizer Migrationspolitik**

591 **Zivilstandsunabhängiger Aufenthaltsstatus für MigrantInnen:** Aus Angst, bei einer
592 Trennung oder Scheidung den Aufenthaltsstatus in der Schweiz zu verlieren, harren viele in
593 Ehen aus, die für sie nachteilig und oft sogar von Gewalt gezeichnet sind. Deshalb braucht
594 es einen zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz.
595

596 **Umsetzung der „Convention for Eradication of all Forms of Discriminations against**
597 **Women“ (CEDAW):** Die Umsetzung der CEDAW bezüglich der Rechtsgleichheit von
598 Migrantinnen und deren Integration in die Gesellschaft soll auch in der Schweiz
599 vorangetrieben werden. Nationale Gesetze und Regelungen sind auf
600 geschlechterspezifische Diskriminierungen zu analysieren.
601

602 **Genderperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit:** Die geschlechterspezifischen
603 Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit müssen offengelegt werden,
604 frauenspezifische Verhältnisse berücksichtigt und Projekte zur Gleichstellung gefördert
605 werden. Partnerländer der EZA sollen in der Umsetzung von Konventionen über die Rechte
606 von Frauen unterstützt werden.
607

608 **Dem Frauenhandel vorbeugen:** In der Entwicklungszusammenarbeit sollen Projekte
609 gefördert werden, welche Frauen Einkommensalternativen zur Sexarbeit öffnen, präventiv
610 auf die Risiken von Sexarbeit aufmerksam machen (z.B. Frauenhandel) und ihnen Zugang
611 zu Rechtsmitteln ermöglichen und gewährleisten. Die Grünen fordern zudem, dass Frauen,
612 die als Sexarbeiterinnen und Cabaret-Tänzerinnen in die Schweiz einreisen, Zugang zu einer
613 Arbeit in anderen Sektoren erhalten und dass ihnen – auch als Sexarbeiterinnen – der
614 Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie Zeuginnenschutz garantiert ist²⁴.

²³ Artikel 50 im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sieht zwar unter gewissen Bedingungen eine Aufenthaltsbewilligung nach drei Jahren vor, aber nur bei „erfolgreicher Integration“ oder „wichtigen persönlichen Gründen“ – der Ermessensspielraum der Kantone ist hier gross.

²⁴ Artikel 30 im Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (AuG) besagt, dass von den Zulassungsvoraussetzungen abgewichen werden kann, um den Aufenthalt von Opfern und Zeuginnen und Zeugen von Menschenhandel zu regeln – der Ermessensspielraum der Kantone scheint hier sehr gross zu sein.



615 **9. Chancengleichheit in der Klimapolitik**

616

617 In der Klimapolitik wird die Genderperspektive kaum berücksichtigt. Zustimmung findet
618 allenfalls, dass die Länder des Südens und darum die Frauen besonders von den Folgen
619 des Klimawandels betroffen sind. Aufgrund von Klimakatastrophen wie Dürren und
620 Überschwemmungen und dem daraus resultierenden Ausfall oder der Verschlechterung der
621 Ernten steigt die Zeit, welche die Frauen für die Versorgungsarbeit aufwenden müssen.
622 Aufgrund dieses stärkeren Eingebundenseins in die Versorgungsarbeit bleibt den Frauen
623 und den Mädchen weniger Zeit für Bildung und Partizipation. Dies wirkt sich wiederum auf
624 die Geschlechterverhältnisse aus.

625

626 Doch die Genderperspektive muss nicht nur bei den Auswirkungen des Klimawandels
627 berücksichtigt werden, sondern auch bei den Ursachen. Der Energiekonsum, eine wichtige
628 Ursache für den Klimawandel, unterscheidet sich bei Frauen und Männern. Aus einer Studie
629 in Schweden resultierte, dass die Männer rund 20 Prozent mehr Energie verbrauchen²⁵.
630 Dieses Phänomen zeigte sich innerhalb der untersuchten Single-Haushalten durchgehend
631 durch alle Alters- und Einkommensgruppen. Wesentliche Faktoren, die den Verbrauch der
632 Männer erhöhen lassen, zeigen sich in erster Linie im Verkehr. Männer fahren die grösseren
633 Autos und legen damit längere Strecken zurück. Aber auch das Freizeitverhalten ist
634 entscheidend sowie die Ernährungsgewohnheiten (z.B. vermehrter Fleischkonsum). Dieses
635 Resultat zeigte sich auch in Deutschland, Griechenland und in Norwegen – die
636 Mobilitätsunterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen überall.

637

638 Die Klimapolitik wurde lange als ein rein naturwissenschaftliches Thema behandelt und
639 orientiert sich am Markt und der Technologie. Die Energiebranche ist stark männerdominiert.
640 Gesagt werden muss aber auch, dass die Klimapolitik von den Gender-Organisationen
641 selbst aus den Augen gelassen oder zu wenig thematisiert wurde. Erschwerend kommt
642 hinzu, dass bis jetzt allgemein in der Klimafrage weder bezüglich der Ursachen noch der
643 Auswirkungen genderspezifische Forschung betrieben wurde.

644 Werden die Frauen nicht in die Klimapolitik mit einbezogen, geht eine Vielfalt an Ideen
645 verloren. Grundsätzlich zeigt sich bei den aktuellen Klimaschutzmassnahmen nämlich eine
646 deutliche Präferenz für technische Lösungen, während die notwendigen Änderungen der
647 Konsum- und Lebensstile eher als untergeordnete Strategien abgetan werden. Letztere
648 werden von Frauen bevorzugt, weil sie offener sind und weniger an die technischen
649 Lösungen glauben. Wird die Genderperspektive mit einbezogen, hilft sie also mit, die
650 Klimapolitik zu transformieren, weil dadurch deren Technologie- und Marktfixiertheit in Frage
651 gestellt werden. Wir brauchen deshalb Männer und Frauen, die sich selbst und ihr
652 Konsumverhalten in Frage stellen und gleichzeitig neue Perspektiven entwickeln. Es geht
653 also um die Geschlechteridentitäten, um ein allgemeines Umdenken.

654 Hinzu kommt, dass die Frauen im Norden gleichzeitig „Täterinnen“ und Konsumentinnen
655 sind. Sie bestimmen weitgehend, was auf den Tisch kommt, wo die Familie die Ferien
656 verbringt und welches Auto gekauft wird.

657

658 Die Klimapolitik hat zudem (versteckte) diskriminierende Konsequenzen für die
659 Gleichstellung. Ihre Instrumente verstärken – bei unbedachter Anwendung – bestehende
660 Geschlechterhierarchien. So dürfen im Rahmen des Green New Deal nicht nur Investitionen
661 und Arbeitsplätze in innovativen Energie- und Technologiebranchen gefordert werden, ohne
662 frauenspezifische Begleitmassnahmen vorzusehen, weil sonst vor allem Arbeitsplätze für
663 Männer geschaffen werden.

²⁵ Carlsson-Kanyama Annika, Råty Riitta: Kvinnor, män och energi: makt, produktion och användning. Stockholm, FOI 2008



664 Das Gleiche gilt für konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen, die im Allgemeinen
665 infrastrukturlastig sind und so die Bauwirtschaft, eine typische Männerbranche, stützen.

666 **Forderungen für eine geschlechtergerechte Klimapolitik**

667 **Mehr Forschung zu Gender-Aspekten in der Klimapolitik:** Es braucht mehr Forschung zu
668 den geschlechterspezifischen Aspekten sowohl bei den Ursachen als auch bei den
669 Auswirkungen des Klimawandels.

670
671 **Genderperspektive in internationalen Verhandlungen:** Die Genderperspektive und die
672 Ergebnisse aus der Forschung zu den Genderaspekten müssen in den internationalen
673 Verhandlungen stärker berücksichtigt werden. In den Delegationen müssen Personen, die
674 über Gender-Know-how verfügen, vertreten sein.

675
676 **Frauen in der Energiebranche:** Bei der Förderung der erneuerbaren Energien muss ein
677 erleichterter Zugang zur Energiebranche für Frauen geschaffen werden. Sie müssen in den
678 Gremien, bei Entscheidungen und in den Jobs vertreten sein.

679
680



681

682 **Aktionsprogramm:**

683 **12 grüne Forderungen auf dem Weg zu einer geschlechterdemokratischen**
684 **Gesellschaft**

685

686 Die folgenden zwölf Forderungen sollen in den Gemeinden, Städten, Kantonen und auf
687 Bundesebene in die politische Diskussion eingebracht werden. Sie wollen die
688 Geschlechterdemokratie voranbringen und die Grünen als gestaltende Kraft für die
689 Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern profilieren. Die Forderungen sollen
690 bewusst Diskussionen auslösen.

691

692 **Die Grünen fordern:**

693

694 1. Geschlechtergerechte Konjunkturprogramme. Konkret heisst das, statt in Autostrassen
695 in soziale Infrastruktur zu investieren.

696 2. Mindestens 40 Prozent Frauen in allen Verwaltungsräten.

697 3. Die Abschaffung der Boni, denn diese tragen zur Lohnungleichheit bei.

698 4. Gleichstellungsräte als Kompetenzgremien für Geschlechterfragen.

699 5. Ausgeglichene Geschlechterverhältnisse in der Ausbildung, zum Beispiel: 50 Prozent
700 der angehenden Primarlehrer sollen Männer sein, 50 Prozent der angehenden
701 Informatikerinnen Frauen.

702 6. Einen massiven Ausbau der Genderforschung und Gender-Studies-Stellen an allen
703 Universitäten und Fachhochschulen.

704 7. Mehr Forschung zu den geschlechterspezifischen Aspekten sowohl bei den Ursachen
705 als auch bei den Auswirkungen des Klimawandels.

706 8. Das Recht auf eine Arbeitszeitverkürzung und eine zusätzliche Ferienwoche für alle
707 Personen mit Betreuungspflichten.

708 9. Eine Vaterschaftszeit von mindestens acht Wochen.

709 10. Die Befreiung von der Militärpflicht für alle Männer, welche mehrheitlich in der
710 Kinderbetreuung tätig sind.

711 11. Kurse für Konfliktprävention für (männliche) Jugendliche sowie für gewaltfreie Erziehung
712 für Eltern.

713 12. Einen vom Zivilstand unabhängigen Aufenthaltsstatus für MigrantInnen.